



### Presseschau vom 02.06.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends / nachts:

**Dan-news.info:** Ein friedlicher Einwohner wurde in der Folge eines Beschusses von **Trudowskije (Petrowskij-Bezirk von Donezk)** durch ukrainische Truppen verletzt. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Um 20:15 haben die ukrainischen Truppen das Feuer auf Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet. In der Folge des Beschusses wurde ein friedlicher Einwohner auf der Letschikow-Straße 16 verletzt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Gemäß der Information der Quelle schoss der Gegner mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen von den Positionen im Bezirk des besetzten Marjinka.

De.sputniknews.com: Moskau baut Autobahn durch alle Schwarzmeerstaaten – Türkei und Ukraine mit dabei

Das russische Verkehrsministerium hat das Bauprojekt einer Ringautobahn entlang der Küste des Schwarzen Meeres aufgenommen, wie der russische Verkehrsminister Maxim Sokolow bei einem Treffen der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (SMWK) in Sotschi mitteilte.

Nach Angaben des Ministeriums haben die meisten Staaten der Schwarzmeerregion ihre Unterstützung zugesagt. Das Projekt „Schwarzmeerring“ sieht den Bau einer 7.000 Kilometer

langen Straße entlang der Küste vor, die die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres Türkei, Georgien, Russland, die Ukraine, Moldawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland verbinden soll.

Die Autobahn soll auch durch einige Großstädte verlaufen und durch Staatsstraßen verknüpft werden. Durch Verbindungsstraßen sollen auch Armenien, Aserbaidschan, Albanien und Serbien Zugang zu der Autobahn bekommen.

Nach Meinung des russischen Verkehrsministers Maxim Sokolow könnte auch die künftige Brücke über die Straße von Kertsch, die Russland und die Krim verbinden wird, in das Projekt einbezogen werden. Allerdings stemme sich die Ukraine dagegen.

Der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (SMWK) gehören sechs Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres sowie sechs weitere Staaten an.

## Vormittags:

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR in Zusammenhang mit dem zweiten Jahrestag des Luftangriffs der ukrainischen Streitkräfte auf Lugansk

Sehr geehrte Mitbürger und ausländische Freunde der Lugansker Volksrepublik!

Im Leben jedes Staates, jedes Volkes gibt es solche Ereignisse, solche Daten, nach denen das Leben ein anderes wird und eine Rückkehr zur Vergangenheit nicht möglich ist.

Für die ehemalige Ukraine war ein solcher Wendepunkt der 2. Mai, das Odessaer Chatyn.

Nachdem durch Gewährenlassen und direkte Unterstützung offizieller Organe etwa 50 Bürger zu Tode gequält wurden und die Überlebenden der Feuerhölle weiteren Foltern, Misshandlungen und gerichtlichen Verfolgungen unterworfen wurden, nach all diesem hörte der ukrainische Staat im Grunde auf zu existieren. Alles, was er danach tut, ist Reststrahlung eines erlöschenden Sterns.

Für uns war der Punkt der Unumkehrbarkeit der 2. Juni 2014. Die Anwendung der Luftwaffe gegen eine friedliche und ungeschützte Stadt, ein Raketenschlag auf ein dicht besiedeltes Gebiet, einen Park mit Kinderspielplatz, das ist ein Kriegsverbrechen, zu dem nur die Armee eines fremden und uns feindlichen Staates fähig ist.

Für uns ist der 2. Juni ein Tag der Erinnerung und der Trauer, wie der 22. Juni für unser ganzes großes Land. Wir erinnern uns nicht nur an die Opfer dieses verbrecherischen Luftschlags, sondern auch an alle, die uns die verfassungswidrige terroristische Operation genommen hat, die von Kiew entfesselt und bis heute nicht beendet wurde, trotz der Verpflichtungen, die Vertreter Poroschenkos in Minsk unterzeichnet haben.

Wir müssen die wichtigsten Erinnerungen an diese Tragödie an unsere Kinder, Enkel und Urenkel weitergeben. Nicht um ihr Leben zu verdüstern. Sondern damit sich diese Tragödie nicht wiederholt. Und dafür ist es nötig, die richtigen Schlüsse zu ziehen: wer für uns ein Freund ist, wer ein Feind und wer „weder Freund ist noch Feind“.

Ich rufe die Abgeordneten des Volkssowjets, die gesellschaftlichen Organisationen, die Bildungseinrichtungen und alle nicht gleichgültigen Menschen auf vorzuschlagen und zu erörtern: Wie soll in der Zukunft der 2. Juni im republikweiten Maßstab begangen werden und wie soll dieser Tag genannt werden.

Wir haben unsere Republik, unsere gemeinsame Sache in Krieg und Blockade zu einem sehr hohen Preis verteidigt. Wenn wir dies vergessen, wenn wir die Achtsamkeit und die Einheit verlieren, kann der Krieg in unser Land zurückkehren.

Das Oberhaupt der LVR, I. W. Plotnizkij

De.sputniknews.com: Ukrainische Staatsanwaltschaft will 130 Krim-Bürger wegen Staatsverrat verhören

Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hat mehr als 130 Bewohner der Krim in Sachen Staatsverrat zum Verhör vorgeladen. Die Liste dieser Bürger ist auf der Website der Behörde veröffentlicht. Ihnen droht bis zu 15 Jahren Freiheitsentzug.

Auf der Liste stehen mehr als 130 Namen, darunter Geschäftsleute, Abgeordnete, Mitglieder der Regionalregierung, sogar der Vizepremier der Krim Dmitri Polonski, wie die Nachrichtenagentur FlashCrimea hervorhebt.

Der Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, soll zuvor auf seiner Seite auf Facebook geschrieben haben, es sei geplant, mehr als 700 Beamte der Krim zum Verhör vorzuladen, die Vorladungen wären bereits gedruckt.

„Dank den von der Werchowna Rada (dem Parlament der Ukraine – d. Red.) verabschiedeten Veränderungen zum Gesetz über die Staatsanwaltschaft ist es einfacher geworden, jemanden für besonders schwere Verbrechen in Abwesenheit zu verurteilen. Und es geht los: Unter den Personen, die Straftaten verübt haben, die laut Artikel 110 („Anschlag auf die territoriale Integrität und Unantastbarkeit“) und Artikel 111 („Staatsverrat“) des Strafgesetzbuches geahndet werden, befinden sich 327 Richter, 299 Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft, 134 Abgeordnete des Stadtparlaments von Sewastopol und des Parlaments der Autonomen Republik Krim, 11 selbsternannte Vertreter der Krim-Behörden. Die Vorladungen sind bereits gedruckt“, heißt es laut FlashCrimea in Luzenkos Mitteilung. Die Nachrichtenagentur verweist darauf, dass der Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine am 30. Mai genehmigt worden sei, den Befehlshaber der Schwarzmeerflotte Russlands, Alexander Witko, in Abwesenheit zu verurteilen. Das Strafverfahren gegen ihn laufe in der Ukraine seit Anfang März 2014. Ihm werde vorgeworfen, in der Zeit vom 20. Februar bis 21. März 2014 „bewusst Straftaten mit dem Ziel begangen zu haben, die Grenzen des Territoriums und der Staatsgrenze der Ukraine zu ändern; Handlungen zur Beschädigung von Objekten mit wichtiger Bedeutung für die Verteidigung organisiert zu haben; den aggressiven Krieg gegen die Ukraine geplant, vorbereitet und daran teilgenommen zu haben“.

Wie die Nachrichtenagentur anmerkt, würden die Entscheidungen ukrainischer Gerichte, Geheimdienste und anderer Organe in Russland nicht rechtskräftig sein, und auf eine Zusammenarbeit mit Russland werde Kiew diesbezüglich kaum hoffen können. Die Versuche der heutigen ukrainischen Behörden, von Russland die Auslieferung des Ex-Präsidenten dieses Landes, Viktor Janukowitsch, zu erwirken, den Kiew in Abwesenheit verhaftet und auf die internationale Fahndungsliste gesetzt habe, seien erfolglos geblieben, so FlashCrimea...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/31031/03/310310342.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Luganskoje wurde mit automatischen Granatwerfern das Gebiet von

**Logwinowo** beschossen.  
Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: Verwandte der 10-jährigen Sidra Saarur aus Aleppo, die bei Terroristenangriffen beide Beine und ein Auge verloren hatte, haben russische Militärs um Hilfe gebeten: Nun wird das Mädchen in einer Moskauer Klinik Behandlung und Reha bekommen....

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben am späten Abend und in der Nacht 230 Mörsergeschosse auf die nördliche Vorstadt von **Donezk**, die Umgebung von **Jasinowataja** und **Dokutschajewsk** abgeschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Von 20:20 bis 1:20 hat die ukrainische Seite Dokutschajewsk, die Umgebung des Donezker Flughafens und das „Volvo-Zentrum“, den Jasinowatajer Checkpoint, **Jakowlewka**, **Mineralnoje**, **Spartak** und **Shabitschewo** beschossen“, sagte der Gesprächspartner Agentur. „Insgesamt wurden auf dieses Territorium 109 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 121 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.“

Gemäß den Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen in den Gebieten von Nowotroizkoje, Opytnoje, Schirokeino, Awdejewka, Peski und des Lüftungsschachts des Butowskaja-Bergwerks. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

Lug-info.com: Der Vorsitzende des Ministerrats der LVR Sergej Koslow hat feierlich die Gasleitung Irmino-Perwomajsk in Betrieb genommen, die von Spezialisten des staatlichen Unternehmens „Luganskgas“ innerhalb eines Monats gebaut wurde. Dies berichtet ein Korrespondent von LugInformZentr vom Ort des Geschehens.

Die ukrainische Seite hatte am 22. April ohne Vorwarnung die Gaslieferungen an die Einwohner von Perwomajsk eingestellt, in der Folge waren 18.000 Einwohner der Stadt ohne Gas. Danach traf am 26. April die LVR die Entscheidung, möglichst schnell eine eigene Gasleitung in die Stadt zu bauen.

Die neue Gasleitung hat eine Länge von 3,8 km, ihre Montage war Ende Mai abgeschlossen, sie wird Perwomajsk vollständig mit Gas versorgen können.

Zuvor hatte die Generaldirektorin von „Luganskgas“ Tatjana Bogorodko mitgeteilt, dass das Unternehmen alle Arbeitsbrigaden für den Bau der Leitung in Perwomajsk eingesetzt hat. Normalerweise hätte der Bau drei bis vier Monate benötigt.

„Wir mussten in kürzester Zeit eine Gasleitung von Irmino nach Perwomajsk bauen. Es gab viele Skeptiker, die sagten „das wird nicht gelingen“, „das können sie nicht“ - wir konnten es und haben es geschafft“, sagte Koslow.

„Wir konnten es deswegen, weil ihr uns geglaubt hat, weil die, die an dem Bau der Gasleitung beteiligt waren, selbstlos die ihnen gestellte Aufgabe erfüllt haben. Heute möchte ich ihnen für die Arbeit danken und allen Einwohnern von Perwomajsk alles Gute, Frieden und Vertrauen in den morgigen Tag wünschen“, fügte er hinzu.

„Im Verlauf von drei Wochen, einem Monat haben wir all unsere Leute eingesetzt und organisiert diese Gasleitung gebaut. Bis dahin war dies die einzige Ortschaft in der LVR, die Erdgas verwendet, das aus der Ukraine von Popasnaja aus zu uns geliefert wird“, erklärte Bogorodko.

„Im Namen aller Perwomajsker will ich der Führung der Republik danken, dass sie dem Problem nicht ausgewichen ist, das jeden Einwohner unserer Stadt betraf. Wir wissen, dass in der Zeit, wo für uns eine neue Gasleitung gebaut wurde, alle anderen Projekte zum Gasanschluss zurückstehen musste“, sagte die Bürgermeisterin von Perwomajsk Olga Ischtschenko.

„Wenn man sieht, mit welcher Geschwindigkeit die Arbeiten durchgeführt wurden, welche Menge von Technik verwendet wurde, wie diese Frage ständig überprüft wurde, so konnten sich die Einwohner von Perwomajsk ein weiteres Mal davon überzeugen, dass Russen ihre Leute nicht im Stich lassen. Der Bau dieser Gasleitung war auch vom politischen Gesichtspunkt aus wichtig als ein weiterer Schritt zur vollständigen Unabhängigkeit von der Ukraine. Dank der Führung der Republik wurde ein weiterer Hebel zur Erpressung unserer Stadt beseitigt. Dank der unterbrechungslosen Lieferung von Gas direkt aus dem Bruderland RF wurde ein weiterer Baustein für die Zuversicht in den nächsten Tag gelegt.“, sagte sie.



[http://img.lug-info.com/cache/8/e/IMG\\_6291.JPG/1000wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/8/e/IMG_6291.JPG/1000wm.jpg)

Dan-news.info: Ein Brand in der nicht in Betrieb befindlichen erdölverarbeitenden Fabrik in Dokutschajewsk erfolgte in der Folge eines direkten Treffers eines ukrainischen Geschosses. Dies teilte heute der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit.

„In der Folge eines Treffers eines explosiven Objekts entstand ein Brand in einer technologischen Pumpstation in der nicht in Betrieb befindlichen Fabrik „Neftepererabotka“, wurde dort mitgeteilt.

Nach Angaben des Ministeriums wurden in der Folge des Brandes Reste von Erdölprodukten auf einer Fläche von 15 Quadratmetern vernichtet.

„Der Schaden wird noch festgestellt“, fasste der Pressedienst zusammen. „Vom Zivilschutzministerium der DVR wurden eine Technikeinheit und fünf Personen herangezogen“.

De.sputniknews.com: Blockade aufgehoben: Moskau und Berlin unterwegs zu Transnistrien-Lösung

Der OSZE-Vorsitz Deutschlands, mit dem sich Russland schon oft bei vielen Problemen einigen konnte, scheint erste Früchte zu tragen: In Berlin werden heute die offiziellen Verhandlungen über die Konfliktregelung in Transnistrien im 5+2-Format wieder aufgenommen, wie die Zeitung "Kommersant" am Donnerstag schreibt.

An den Transnistrien-Gesprächen werden sich Vertreter beider Konfliktparteien, Moldawien

und Transnistrien, der OSZE, Russlands und der Ukraine als Vermittler sowie der EU und der USA als Beobachter beteiligen. Das bislang letzte Treffen in diesem Format hatte am 4. und 5. Juni 2014 stattgefunden. Danach lagen die Gespräche wegen zahlreicher Kontroversen zwischen den Seiten auf Eis. Einer der Hauptgründe war, dass die moldawischen Behörden Strafverfahren gegen zahlreiche transnistrische Beamten eingeleitet hatten.

Die zwei bisherigen OSZE-Vorsitzenden, Serbien und die Schweiz, konnten in dem Streit bislang keine Fortschritte erreichen. Erst als Deutschland am 1. Januar den Vorsitz übernahm, konnte ein Regelungsprozess in die Wege geleitet werden. Der Transnistrien-Beauftragte des OSZE-Vorsitzenden, Cord Meier-Klodt, hat in dieser Zeit mehrmals Moldawien und auch Russland besucht.

Im März präsentierte Moskau seine Initiativen zur Wiederaufnahme der Gespräche. Vor allem sollte ein Moratorium auf strafrechtliche Verfolgung von Beamten beider Seiten verhängt werden. Zudem müsste die Umsetzung der im 5+2-Format getroffenen Vereinbarungen garantiert werden. Während eines Moldawien-Besuchs im Mai nannte Meier-Klodt diese Vorschläge konstruktiv. In Tiraspol, der Hauptstadt der nicht anerkannten Republik Transnistrien, befürwortete man diese Initiative. Und selbst Chisinau zeigte sich bereit, sie beim Treffen in Berlin zu besprechen.

Im Vorfeld wollten die beteiligten Seiten allerdings keine klaren Prognosen abgeben. „Wir halten schon den Fakt allein, dass das Treffen stattfindet, für wichtig und hoffen auf positive Ergebnisse“, so der russische Unterhändler Sergej Gubarew. „Die Wiederaufnahme des Dialogs ist an sich ein großer Erfolg.“ Nach seinen Worten rechnen die Vermittler mit Fortschritten in „einigen praktischer Fragen“. Er präzisierte allerdings nicht, worum es sich konkret handele. „Unser Ziel ist, das Leben der Menschen an beiden Dnepr-Ufern leichter und komfortabler zu machen“, so Gubarew.

Ähnlich äußerte man sich auch in Chisinau. „Dass der Verhandlungsprozess beginnt, ist schon positiv“, sagte ein Mitarbeiter des moldawischen Außenministeriums, der anonym bleiben wollte. „Die Wahrscheinlichkeit, dass dabei gewisse Beschlüsse gefasst werden, besteht – auch wenn sie gering ist. Ziel ist, Voraussetzungen für weitere Fortschritte zu schaffen.“

Um deutlich zu machen, wie kompliziert manche auf den ersten Blick rein technischen Fragen sind, führte er das Problem der Anerkennung transnistrischer Diplome an. „Wie sollen wir die Transnistrische staatliche Universität nennen? Das Wort ‚staatliche‘ dürfte nur verwendet werden, wenn die Frage des Status Transnistriens als Teil Moldawiens geregelt wäre. Deshalb geht es oft doch um die Politik“, so der Diplomat. Dennoch zeigte er sich optimistisch, weil „Russland und Deutschland bereit sind, vorwärts zu gehen.“

Gubarew wiederum schätzte darüber hinaus die Position Meier-Klodts als positiv ein. „Er betrachtet die Situation in der Region realistisch, stellt keine unerreichbaren Ziele, mobilisiert alle Kräfte im Interesse des Fortschritts und arbeitet gemeinsam mit anderen Vermittlern, Russland und der Ukraine, zusammen. Das am 2. Juni beginnende Treffen halte ich für einen großen Erfolg des deutschen Vorsitzes (in der OSZE – Anm. d. Red.)“, so der russische Diplomat.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31031/29/310312979.jpg>

Dan-news.info: Vertreter der russischen Seite des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination hat einen Beobachtungsposten in Jasinowataja eingerichtet. Dies teilte heute der Leiter des Stabs des operativen Kommandos der DVR Ruslan Jakubow mit. „Um die Lage genauer beobachten zu können und operativ auf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung reagieren zu können, haben die Vertreter der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum Beobachter in Jasinowataja stationiert, nicht weit von der Kontaktlinie“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Jakubow fügte hinzu, dass die Anwesenheit von Beobachtern des Gemeinsamen Zentrums in unmittelbarer Nähe der Frontlinie es erlauben wird, die Spannung in Richtung Jasinowataja zu verringern.

Rusvesna.su: In Kirowgrad ist man empört über Kiews Pläne, die Stadt umzubenennen. Ungefähr 200 Bürger der Stadt Kirowgrad kamen zu einer Kundgebung gegen die Umbenennung der Stadt in Kropiwkitzky, berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN.

Kirowgrad ist die letzte große Stadt der Ukraine, die ihren Namen ändern soll im Rahmen des Dekommunisierungsgesetzes. Zuvor hatte der Vorsitzende des Instituts des Nationalen Gedenkens Wladimir Wjatrowitsch erklärt, dass mehr als 1.000 Ortschaften umbenannt worden waren.

Die Kundgebungsteilnehmer hielten Plakate in der Hand: „Das Volk wird nicht gehört“, „Nein zu Kropiwkitzky“, „Stoppt Kropiwkitzky“, Umbenennung niemals“, „Das Institut des Gedenkens ist ein Institut des Erinnerungsverlustes“, aber auch Nationalflaggen...

Dan-news.info: Ein friedlicher Einwohner starb an einer Splitterverletzung in der Folge der Explosion einer Mine im Petrowskij-Bezirk am westlichen Rand von Donezk. Dies teilte heute der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit.

„Gestern Abend hütete ein Mann eine Kuh, sie geriet auf eine Mine, die in der Erde vergraben war. Der friedliche Einwohner wurde durch Splitter getötet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

## Nachmittags:

De.sputniknews.com: Moskau glaubt den Beschwichtigungen aus Brüssel nicht, das aktuelle Militärmanöver in Litauen und die geplante Übung in Polen würden Russland nicht gefährden. Der russische Vize-Außenminister Alexej Meschkow hat am Donnerstag mitgeteilt, was die Nato mit ihrem Muskelspiel an Russlands Grenzen wirklich erreichen will. „Wir sind überzeugt: Diese Übungen bergen ein großes destabilisierendes Potenzial in sich“, so der Diplomat. „Ihr Hauptziel ist es, die Spannungen entlang der russischen Grenze weiter zu schüren.“

Zuvor hatte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg abzuwehren versucht: „Wir wollen ein neues Wettrüsten vermeiden und werden alles in unserer Kraft stehende für einen konstruktiven Dialog mit Russland tun.“ Offenkundig versteht Stoltenberg unter dem „konstruktiven Dialog“ die Aufstockung der Nato-Truppen an der westrussischen Grenze.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kiewer Truppen haben in Verletzung der Minsker Vereinbarungen aus dem Oblast Charkow Panzer, Mehrfachraketenwerfer „Grad“, Artilleriegeschütze, Panzertechnik sowie 340 Soldaten nach Lisitschansk gebracht, teilte Marotschko mit.

Die Lage im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert und ist weiterhin angespannt.

„Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiterhin die Bedingungen für die Stationierung von Technik entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und nutzen das Regime der Feueinstellung zur Konzentration von militärischem Potential ihrer Abteilungen in der Zone der sogenannten „ATO“, teilte er mit.

„So wurde von unserer Aufklärung festgestellt, dass am 1. Juni gegen 00:30 aus dem Oblast Charkow eine Kolonne Militärtechnik mit sieben Einheiten Panzertechnik, 13 T-64-Panzern, sechs Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und drei Artilleriegeschützen in Lisitschansk eintraf. Mit der Kolonne trafen auch 340 Soldaten der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte ein sowie Soldaten des 24. Bataillons der Territorialverteidigung „Ajdar“, erläuterte Marotschko.

„Die militärische Führung der Ukraine zieht weiter ausländische Söldner aus dem nahen Ausland heran. So wurde von unserer Aufklärung festgestellt, dass in Kalinowo derzeit 30 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte leben, die auf ihren Uniformen Abzeichen mit der georgischen Fahne haben“, teilte er mit.

De.sputniknews.com: Völkermord-Resolution: Kreml kommentiert Entscheidung des Bundestages

Der Kreml hat zur Resolution des deutschen Bundestages zum Völkermord an den Armeniern Stellung genommen. Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, bezeichnete die Annahme der Resolution als eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik.

Dass der Bundestag den Völkermord an den Armeniern 1915 im Osmanischen Reich anerkannt hat, sei eine „innere Angelegenheit“ Deutschlands, sagte Peskow laut LifeNews. Die Türkei erkennt den Genozid an den Armeniern nicht an und hatte Deutschland vor der Annahme der Resolution gewarnt. Der türkische Präsident Erdogan sagte, die Armenien-



Resolution werde das Verhältnis zu Deutschland ernsthaft belasten.

Im Jahre 1915 waren 1,5 Millionen Armenier bei Massakern und Deportationen im damaligen Osmanischen Reich ums Leben gekommen. Die Türkei als Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reiches bestreitet den Genozid, den allerdings bereits viele Staaten anerkannt haben. Armenien bemüht sich um eine internationale Anerkennung des Massakers als Völkermord. Der Streit belastet bis heute die Beziehungen zwischen Eriwan und Ankara.

Dnr-news.com: In Simferopol wird ein Denkmal für die „Höflichen Menschen“ errichtet. In der Hauptstadt der Halbinsel, auf dem Platz der Republik in der Nähe des Staatsrates der Krim begann die Errichtung des Denkmals für die „Höflichen Menschen“. Es soll, wie zuvor der Abgeordnete des Staatsrates der Krim Waleri Aksjonow sagte, am Vorabend des Russlandtages, dem 11. Juni, eingeweiht werden.

„Die Enthüllung des Denkmals erfolgt am 11. Juni um 12:00 Uhr. Die Kosten belaufen sich auf 5 Mio Rubel. Wir haben diese Spenden seit Januar gesammelt. Es gab nicht eine Kopeke aus dem staatlichen Budget, alle haben gespendet: Unternehmer, Führungspersonen der Krim – Wladimir Konstantinow, Sergej Aksjonow, Oleg Belawenzew. Ich selbst habe 50.000 Rubel gespendet“, erklärte Waleri Aksjonow.

Das Denkmal wird nicht auf einem Sockel stehen, sondern direkt auf dem Boden, damit die Menschen sich mit ihm fotografieren können. Das wird ein Denkmal des Volkes sein. Rundherum werden Bänke stehen, abends wird es beleuchtet sein. Wir werden mit der Stadtverwaltung sprechen, damit das Denkmal ins Programm für das Niederlegen von Blumen aufgenommen wird“, fasste Waleri Aksjonow zusammen.

Der Abgeordnete des Staatsrates der Krim Leonid Babaschow schrieb auf seiner Facebook-Seite, dass das Denkmal nach dem Bild eines wirklichen Kämpfers der russischen Armee geschaffen wurde...

(„Höfliche Menschen“ wurden die russischen Soldaten und Freiwilligen genannt, die die Krim vor einem Angriff der ukrainischen Armee im Frühjahr 2014 bewahrten. Sie verhielten sich, nach Augenzeugenberichten, bestimmt und dennoch ausgesucht höflich – Anm. d. Übersetzers)



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-06/thumbs/1464862830\\_1441959172.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-06/thumbs/1464862830_1441959172.jpg)

De.sputniknews.com: Gesichter des Donezbeckens: Sputnik-Fotograf gewinnt Wettbewerb Bourse du Talent

Der Fotokorrespondent der Nachrichtenagentur und des Rundfunksenders Sputnik, Valeri Melnikow, hat den internationalen Wettbewerb „Bourse du Talent“ in der Kategorie „Porträt“ gewonnen, und zwar für seine Fotostrecke „Underground“.

Diese im September 2015 gemachten Bilder sind dem Leben der letzten Einwohner der zerstörten Orte in den umkämpften Gebieten in der ostukrainischen Donbass-Region gewidmet.

Neben Valeri Melnikow wurde auch der französische Fotograf Vincent Gouriou für seine Fotostrecke „Des Famille(s)“ ausgezeichnet. Ihre Bilder werden Mitte Dezember in der Nationalbibliothek in Paris ausgestellt.

„Ich freue mich sehr, dass die Jury des französischen Wettbewerbs meine ‚Underground‘-Fotos hoch eingeschätzt hat, und dass dadurch die Möglichkeit entsteht, den Franzosen die Geschichte darüber zu zeigen, was derzeit im Donezbecken vorgeht“, sagte Melnikow. „Auf meinen Fotos zeige ich Menschen, die sich während der Artillerieangriffe in den Kellern zerstörter Häuser verstecken. Das sind hauptsächlich ältere Männer und Frauen, die allein geblieben sind. Einige von ihnen haben sich entschlossen, zu bleiben und bis zum Ende zu kämpfen. Andere haben einfach keinen Ort, wohin sie gehen könnten. Ich versuche immer, die Geschichte aus einem für die Öffentlichkeit ungewöhnlichen Blickwinkel zu zeigen.“

Valeri Melnikow wurde für seine Bilder mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Er gewann viele internationale Fotowettbewerbe, darunter Pictures of the Year International 2016, Sony WAP 2015, Days Japan International Photo Journalism Award 2015, China International Press Photo Contest 2013, 2014 und 2015, Vilnius Photo Circle 2015, Professional Photographer of the Year 2014, Kolga Tbilisi Photo 2015, die Silberne Kamera 2013 usw. Der Wettbewerb Bourse du Talent wurde 1998 von der französischen Online-Zeitschrift Photographie.com ins Leben gerufen. Ziel des Wettbewerbs ist die Unterstützung junger Fotografen, die sich auf folgende Bereiche spezialisieren: Dokumentarfoto, Porträt, Fassion und Landschaft.

Bei Sputnik Images handelt es sich um die Fotobank der internationalen Nachrichtenagentur und Rundfunkanstalt Sputnik, die Multimedia-Informationszentren in Dutzenden Ländern besitzt. Sputnik verfügt über Nachrichten-Websites, produziert Sendungen im analogen und digitalen Format, hat mobile Apps und eigene Seiten in sozialen Netzwerken. Sputnik-Newsticker erscheinen in englischer, arabischer, spanischer und chinesischer Sprache. Sputnik-Websites gibt es in mehr als 30 Sprachen, darunter auf Englisch, Arabisch, Spanisch, Italienisch, Chinesisch, Polnisch, Portugiesisch, Serbisch, Türkisch, Französisch und Hindi. Sputnik bietet seinem Publikum diverse Inhalte: Infografiken, Video- und Fotoreportagen, Live-Sendungen und Online-Abstimmungen. Darüber hinaus veröffentlicht Sputnik analytische Artikel und exklusive Interviews.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30815/17/308151766.jpg>



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31032/25/310322577.jpg>

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR  
Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der operativen Kommandos „Donezk“  
der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)  
Die Lage in der DVR bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppe 322 Mal das Territorium der Republik beschossen. Der Gegner schoss 139 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 153 des Kalibers 82mm ab. Außerdem wurde mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen, darunter auch mit großkalibrigen.

Das Feuer eröffneten die ukrainischen Truppen auf folgende Ortschaften:

**Kominternowo, Sachanka, Dokutschajewsk, Spartak, Jakowlewka, Jasinowataja, Shabitschewo, Trudowskije, Sajzewo, Werchnetorezkoje, das Gebiet des Flughafens und der Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

In der Folge des unmenschlichen Mörserbeschusses des Petrowskij-Bezirks von Donezk starb ein friedlicher Einwohner und einer wurde verletzt.

In Sajzewo wurden auf der Rybalko-Straße in der Folge eines Mörserbeschusses drei Häuser beschädigt. Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, dass das Feuer von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte durch Drohnen der ukrainischen Truppen korrigiert wurde.

Alle Angaben über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen haben wir an die Vertreter der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums übergeben.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin eine Konzentration von verbotenen Waffen und Personal des Gegners entlang der Kontaktlinie fest. So in den folgenden Ortschaften:

- Granitnoje, 2 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von Feuerpositionen für Mörser entdeckt;
- Nowoselowka, 2 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von hundert ausländischen Söldnern aus einer privaten Militärkompanie festgestellt;
- Wasilewka, 4 km von der Kontaktlinie, es wurden Mörser- und Artilleriepositionen der ukrainischen Streitkräfte entdeckt;
- Awdejewka, der Gegner führt eine Auffüllung seiner Waffenvorräte in den Abteilungen des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Panzergrenadierbrigade durch;

ebenfalls dort, im Verantwortungsbereich des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Panzergrenadierbrigade, wird eine Entminung von Routen durchgeführt, um Diversions- und Erkundungsgruppen an die Kontaktlinie zu bringen;

- Nowotroizkoje, 3 km von der Kontaktlinie, es wurde die Aktivität von Scharfschützenpaaren aus dem 14. Panzergrenadierbataillon der 72. mechanisierten Brigade von Söldnern aus privaten Militärkompanien entdeckt.

Außerdem wurde von uns der Flug von Drohnen des Gegners in den Gebieten von Sajzewo, Oserjanowka, Schirokaja Balka festgestellt.

Die Regierung der Ukraine führt die mörderische Politik in Bezug auf die Bevölkerung des Donbass weiter. Nicht endende Beschüsse von Ortschaften, die Konzentration von Technik an der Kontaktlinie und deren Fehlen in den Lagerorten sind dafür gewichtige Beweise. All diese Fakten werden von den Vertretern der OSZE-Mission festgestellt. Aber in der letzten Zeit wird von Seiten der ukrainischen Streitkräfte eine aktive Arbeit zur Diskreditierung der internationalen Organisation durchgeführt. Ihr Ziel ist es, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die OSZE nicht mit ihren Verpflichtungen zurechtkommt. Dazu werden Provokationen mit Beschüssen auf Beobachter durch Soldaten des „Rechten Sektors“ in Awdejewka durchgeführt. Solche Vorwände erlauben es der politischen Führung der Ukraine, eine Rhetorik bezüglich des Austauschs der Mission gegen internationale Polizeikräfte zu führen.

De.sputniknews.com: Im Gedenken an Kinderopfer: Riesen-Graffiti an Flughafen-Ruinen in Donezk – VIDEO

Zum internationalen Kindertag ist auf den Ruinen des Donezker Flughafens ein Graffiti eines sieben Meter großen Kindes im Profil erschienen. Es soll den während des Ukraine-Konfliktes getöteten Kinder gedenken. Sehen Sie, wie das Graffiti aus der Vogelperspektive wirkt.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/Dfc9iWxBJyg" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Dfc9iWxBJyg>

Das Profil eines Kindes und der Hashtag #101, der für die Zahl der innerhalb von zwei Jahren der Ukraine-Krise getöteten Kinder steht, sind zum Weltkindertag auf dem zerstörten Gebäude des Flughafens aufgesprüht worden. Das Graffiti ist von Straßenkünstlern auf dem Dach des zerstörten Terminals angebracht. Als Vorbild diente ein Foto der russischen Kinder-Fotografin Diana Ostrowerchowa.

Viele haben dieses Projekt im Internet unterstützt und es unter dem Hashtag #101 in sozialen Netzwerken geteilt. Die Künstler haben das Graffiti-Muster mit freiem Zugriff im Internet veröffentlicht, um das Projekt zu fördern.

Nach UN-Einschätzungen sind im Ukraine-Konflikt bereits über 10. 000 Menschen ums Leben gekommen.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute die Wiederaufbauarbeiten an der Gasleitung zwischen Marjinka und Donezk zum Scheitern gebracht. Dies teilte der Leiter des Stabs des operativen Kommandos der DVR Ruslan Jakubow mit.

„Um 13:40, während der Durchführung der abschließenden Etappe der Wiederaufbau- und Reparaturarbeiten an der Marjinker Gasleitungen, haben ukrainische Scharfschützen zwei Schüsse aus Marjinka in Richtung Trudowskije abgegeben, dann wurden zwei Schüsse mit Granatwerfern in die gleiche Richtung abgegeben“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

„Der Stand um 14:20 war der, dass es der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination auch nicht gelungen ist, von den ukrainischen Kollegen Sicherheitsgarantien zu erhalten, die Arbeiten wurden eingestellt“.

Der Leiter des Stabs unterstrich, dass im Verlauf des gesamten Tages in unmittelbarer Nähe des Arbeitsortes sich Vertreter der russischen Seite des Gemeinsamen Zentrums, des

Verteidigungsministeriums der DVR und OSZE-Beobachter befanden.

De.sputniknews.com: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich für einen neuen Nato-Russland-Rat noch vor dem Nato-Gipfel im Juli ausgesprochen.

Es wäre wünschenswert, wenn es nochmal einen Nato-Russland-Rat vor dem Gipfel gäbe, sagte Merkel am Donnerstag nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Berlin.

Stoltenberg hatte bereits am Mittwoch angekündigt, die Nato werde eine neue Sitzung des Russland-Nato-Rats noch vor dem Juli-Gipfel des Bündnisses initiieren. Der Nato-Gipfel findet am 8. und 9. Juli in Warschau statt.

Der Russland-Nato-Rat hatte im April — nach fast zwei Jahren Pause — wieder auf Botschaferebene getagt. Das Treffen ging ohne Ergebnis aus. Der russische Botschafter Alexander Gruschko sagte nach den Verhandlungen, ein vertrauensvoller Dialog mit der Nato sei derzeit nicht möglich. Nato-Generalsekretär Stoltenberg äußerte, eine Rückkehr zu den früheren Beziehungen mit Russland werde es nicht geben.

Die Nato hatte im Frühjahr 2014 vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise jede militärische Zusammenarbeit mit Russland auf Eis gelegt. Seitdem baute das nordatlantische Militärbündnis neue Militärstützpunkte und verstärkte seine Truppen in Osteuropa.

Russland sieht darin einen Verstoß gegen die Nato-Russland-Grundakte von 1997, die eine auf Dauer angelegte umfangreiche Stationierung von Nato-Truppen in Osteuropa untersagt. Im Herbst hielt die Nato mit „Trident Juncture“ die größte Militärübung seit dem Kalten Krieg ab — nach eigenen Angaben, um Russland zu warnen.

Lug-info.com: Eine Trauerkundgebung für die friedlichen Einwohner, die in der Folge des Luftschlags der ukrainischen Streitkräfte auf das Zentrum von Lugansk am 2. Juni 2014 getötet wurden, fand heute in der Hauptstadt der LVR statt.

Die Kundgebung begann um 14:45, genau zu dieser Zeit vor zwei Jahren führte ein Militärflugzeug Su-25 der ukrainischen Luftwaffe einen Schlag gegen das Gebäude der ehemaligen Lugansker Oblastverwaltung und den angrenzenden Park.

Es versammelten sich mehr als 1000 Einwohner der Hauptstadt, Vertreter der Führung der Republik und Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ um das Andenken der getöteten Lugansker zu ehren.

Es wurde eine Totenmesse gelesen, dann spielte ein Orchester die Hymne der LVR als Zeichen, dass die blutige Provokation der Kiewer Truppen ihr Ziel nicht erreicht und die Republik widerstanden hat.

Die Teilnehmer der Kundgebung legten Blumen am Gedenkstein für die bei der Verteidigung der LVR Gefallenen nieder, der beim Haus der Regierung liegt, in unmittelbarer Nähe des Ortes, der von einer der von dem ukrainischen Flugzeug abgeschossenen Rakete getroffen wurde.

„Der 2. Juni 2014 ist ein Tag, der das Leben jedes Einwohnern der LVR veränderte“, sagte die stellvertretende Leiterin der Administration des Oberhauptes der LVR Marina Filippowa.

„Das Oberhaupt der LVR hat absolut richtig gesagt, dass an diesem Tag die Ukraine Selbstmord begangen hat, in dem sie einen Luftschlag auf eine friedliche Stadt, auf einen friedlichen Ort, wo ein Spielplatz war und immer Kinder gespielt haben, durchgeführt hat“, erinnerte sie.

„Heute sind wir hier, um die zu unterstützen, die hier ihre Nächsten verloren haben, und um alle Kräfte darein zu legen, dass sich diese Tragödie nie wiederholt“, sagte sie.



[http://img.lug-info.com/cache/5/3/IMG\\_6489.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/5/3/IMG_6489.JPG/w620h420wm.jpg)

Ukrinform.ua: Die Sanktionen gegen Russland solle man solange verlängern, bis die Ukraine die Kontrolle über ihre Grenzen wiederherstellt, erklärte der polnische Präsident Andrzej Duda nach dem Treffen mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in Polen.

„Eine sehr wichtige Sache ist die Erfüllung der Minsker Abkommen und die Normalisierung der Situation in der Ukraine, sodass die Ukraine die Kontrolle über ihre Grenzen wiederherstellt. In diesem Kontext sollte man die Frage der Sanktionen gegen Russland betrachten“, sagte Duda.

Er dankte Mogherini für allgemeine Ansichten hinsichtlich der Wichtigkeit der Achtung des Völkerrechts durch alle Länder.

Rusvesna.su: Der Außenminister der Ukraine trat in Berlin mit einer Kritik am Vorschlag des Außenministeriums Deutschlands zur schrittweisen Aufhebung der Sanktionen im Falle von Fortschritten bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen auf, berichtet die Frankfurter Allgemeine.

Pawel Klimkin nannte die Initiative der deutschen Seite kontraproduktiv und rief die europäischen Länder zur Geduld auf, weil man die Sanktionen nur nach einer vollständigen Erfüllung der Minsker Vereinbarungen aufheben könne, aber Russland bisher nichts tue, um diese umzusetzen.

Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin lehnte nachdrücklich den Vorschlag des Außenministers Deutschlands zum schrittweisen Abbau der anti-russischen Sanktionen...

„Ich denke, die schrittweise Lockerung der Sanktionen ist kontraproduktiv“, sagte er nach einem Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier am Mittwoch in Berlin.

Nach Angaben des ukrainischen Diplomaten sind die Sanktionen ein Instrument, um Druck auszuüben, und eine schrittweise Aufhebung könne es nur nach vollständiger Umsetzung der Minsker Vereinbarungen geben.

Klimkin forderte Berlin zur Geduld auf, aber auch die Staaten in Süd- und Osteuropa, die es vorziehen würden, die Sanktionen nicht auszuweiten. Seiner Meinung nach ist das der einzige Weg, um das Ziel zu erreichen. Als historischen Vergleich führte der ukrainische

Minister „die Überwindung der sowjetischen Blockade Berlins in den Jahren 1948-1949 mit Hilfe der amerikanischen Luftbrücke“ an...

Er äußerte sich auch enttäuscht über die Tatsache, dass die ukrainische Initiative zur Einrichtung einer internationalen Mission zur Sicherung der russisch-ukrainischen Grenze bisher nicht umgesetzt wurde. Außerdem sei es bisher nicht gelungen, zu einer Vereinbarung bezüglich des Gesetzentwurfes über Kommunalwahlen zu kommen. Frank-Walter Steinmeier seinerseits wies darauf hin, dass die Außenminister sich demnächst zur Fortsetzung der Verhandlungen treffen werden....

Ukrinform.ua: Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin gibt zu, dass es keine Fortschritte bei den Verhandlungen über die Polizeimission im Donbass und die Wiederherstellung der Kontrolle an der ukrainisch-russischen Grenze gibt.

Das erklärte er vor Journalisten nach dem Treffen mit dem deutschen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Berlin, berichtet die Ukrinform-Korrespondentin in Deutschland.

„Leider wurde unser Vorschlag, darüber zu reden, wie die Beobachtungsmission den Abschnitt der ukrainisch-russischen Grenze effektiv überwachen soll, der durch die Ukraine noch nicht kontrolliert wird, verworfen“, sagte Klimkin betonend, dass die spezielle OSZE-Beobachtermission die Situation im Donbass nicht kontrollieren kann.

Klimkin stellte fest, dass jene Vereinbarungen, die während des letzten Ministertreffens im „Normandie-Format“ getroffen wurden, nicht erfüllt wurden. Die russische Seite ist „nicht bereit zur sachlichen Diskussion zwecks der Verbesserung der Sicherheit“.

Klimkin konstatierte ferner mit Bedauern, dass es keine Möglichkeit gibt, „eine echte Dynamik zu erreichen, um über eine effektive Polizeimission im Donbass reden zu können“. Er dankte aber Deutschland für seine ständige Unterstützung und die Bereitschaft, „eine sachliche Diskussion in Bezug auf die Stärkung der Beobachtungsmission zu beginnen, und darauf, welche Mission im Donbass sein muss und welches Format und welchen Zeitrahmen sie haben wird“.

## **Abends:**

De.sputniknews.com: Gay-Parade: Kiew will für EU-Kurs „hart durchgreifen“ - Rechte versprechen „Blutbad“

Während der Sprecher des nationalistischen Rechten Sektors bei der kommenden Gay-Parade in Kiew ein Blutbad verspricht, wollen die Stadtbehörden „im Interesse des Staates“ Ausschreitungen verhindern - die Polizisten sollen in diesem Jahr wohl doch Härte gegen Intoleranz demonstrieren, wie der Kiewer Polizeichef Andrej Krischtschenko äußerte.

Da die Ukraine die EU-Mitgliedschaft anstrebt, wird oft die Frage aufgeworfen, ob im Land menschliche Grundwerte und Toleranz überhaupt als selbstverständlich angesehen werden. In der ukrainischen Hauptstadt soll nun am 12. Juni die dritte „Gay Pride“-Parade seit 2013 stattfinden. Im vergangenen Jahr war sie trotz mehrerer Drohungen aus der rechtsextremen Szene abgehalten worden – zumindest bis zu dem Zeitpunkt, als es zu massiven Ausschreitungen zwischen Parade-Gegnern und der Polizei kam.

Es scheint aber, dass es in diesem Jahr schlimmer kommen könnte: „Am 12. Juni gibt es ein Blutbad in Kiew. Die Organisatoren haben immer noch Zeit, die Parade abzusagen“, hatte Artem Skoropadski, der Sprecher des rechtsextremen Rechten Sektors, am Mittwoch in seinem Facebook-Profil geschrieben.

Derweilen machen die Kiewer Stadtbehörden kein Geheimnis daraus, dass man Wert auf eine erfolgreich ablaufende Gay-Parade legt – dies jedoch offensichtlich nicht zwingend wegen Toleranz. Man „will nach Europa gehen“, betonte nun der Kiewer Polizeichef Andrej Krischtschenko in einem Interview für den Sender „112.Ukraina“.

„Wir zielen ernsthaft auf Sicherheit ab“, erklärte er: „Egal was jemand auch immer über diese Parade denken sollte – es besteht ein Staatsinteresse und wir müssen deshalb zeigen, dass unsere Gesellschaft tolerant und bereit ist, mit ihren Werten nach Europa zu gehen.“

Die Frage, ob nun die Akzeptanz von Homosexualität und Grundwerten für Kiew höher auf der Werteskala liegt als der EU-Mitgliedschaftstraum, bleibt nach solchen Äußerungen jedoch eher offen. Dass Krischtschenko aber großen Wert auf eine Art Gleichberechtigung legt, wird aus seinen folgenden Worten relativ klar: „Wir trafen uns sowohl mit den Organisatoren als auch ihren Gegnern und Vertretern radikaler Jugendorganisationen“, erklärte Krischtschenko.

Hierbei sollte man bedenken, dass ein hochrangiger Kollege von Krischtschenko ein offenkundiger Neonazi ist – Wadim Trojan heißt der Mann, dessen Ernennung zum Polizeichef in der Region Kiew einst einen Aufschrei bei europäischen Menschenrechtlern zur Folge hatte.

Was europäischen Medien allerdings seltsamerweise verborgen blieb: Inzwischen wurde Trojan sogar zum Vize der gesamten ukrainischen Polizei gewählt – also ist der rechtsradikale Trojan auch Chef von Krischtschenko. Kann man vor diesem Hintergrund überhaupt darauf hoffen, dass das vom Rechten Sektor versprochene „Blutbad“ vereitelt wird?

Der Kiewer Polizeileiter Krischtschenko versichert aber, die Polizei werde bei der diesjährigen Parade „im Rahmen der Gesetze“ handeln, was allerdings nicht zu bedeuten habe, dass man gegebenenfalls nicht „hart durchgreifen“ werde, betonte er.

Zuvor hatte die Münchner Delegation des Pride-Marsches angekündigt, an der diesjährigen Parade teilzunehmen. Die Delegation werde von der Städtlerin Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen) angeführt.